



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juli 2014

Unser neuer Landesvorstand, gewählt am 29. Juni:



Von links nach rechts: 1. Reihe: Rainer Behrens, Christine Detamble-Voss, Martin Wittmaack, Gilbert Siegler. 2. Reihe: Florian Muhl, Kristian Glaser, Gunhild Berdal, Klaus Rooks und Sabine Wils
Leider nicht im Bild: Metin Kaya, Carola Ensslen, Anne Urschll, Helga Hirsch, Zdravko Sisic und Gerald Kemski. *Bericht dazu bei der BMV am 23. Juli.*

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe:
Freitag, 01.08.2014

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Bezirksmitgliederversammlung	S. 2
Bericht BMV	S. 3
Brecht hat Recht	S. 4
Oppositionsantrag	S. 4
Sommerkino	S. 6
TISA verhindern	S. 6
In eigener Sache	S. 7
Demokratie wirklich gewollt?	S. 7
Termine/Kontakt	S. 8

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung

Mittwoch, den 23. Juli 2014, von 18:30 bis 22:00 Uhr im Gemeinschaftsraum der Drachenbau Wohngenossenschaft eG, Schmilinskystraße 6a, Hamburg-St. Georg

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit möchte ich euch im Namen des Bezirksvorstandes zur Bezirksmitgliederversammlung am Mittwoch, den 23. Juli 2014 herzlich einladen.

Schwerpunktmäßig soll die jüngst stattgehabte erste Tagung des 4. Parteitags unseres Landesverbandes ausgewertet werden.

Danach wird der neue Bezirksvorstand von dem Stand seiner Einarbeitung berichten und einen Vorschlag für einen Themenfahrplan mit entsprechenden Terminvorschlägen für die BMVen bis zum Ende der Bürgerschaftswahlen vorlegen, den wir dann ggf. modifizieren und beschließen wollen.

Anschließend soll die Konstituierung der Bezirksfraktion Thema sein und ggf. z.B. geklärt werden, wie wir weitere Ausschüsse besetzen.

Zudem naht das elitäre Bürgerbegehren zu der Frage, ob es mit einer Seilbahn zum Musical-Zirkus ein neues Prestige-Projekt im Hafen geben soll. Auch dazu wollen wir uns kurz aussprechen. Nähere Informationen hierzu:

<http://hh-mittendrin.de/2014/06/gegner-und-befuerworter-im-duell-eine-seilbahn-fuer-hamburg/>

Beschlussvorlagen werden in den nächsten Tagen per Mail verschickt.

Tagesordnungsvorschlag:

- | | |
|--|--------------------------|
| • Begrüßung und Konstituierung | 18:30 Uhr |
| • Auswertung des Landesparteitags | 18:45 Uhr |
| • Vorstandsbericht /Beratung und Beschlussfassung Themenplan | 19:30 Uhr |
| • Pause | 20:15 Uhr |
| • Bericht Konstituierung Fraktion | 20:30 Uhr |
| - Gegebenenfalls Besetzung von Ausschüssen | |
| • Seilbahn-Begehren | 21:00 Uhr |
| - Input von Verena Brachvogel | ca. 10 Min. |
| - Aussprache/Aktivitäten | |
| • Verschiedenes | 21:45 Uhr |
| | Ende um 22:00 Uhr |

Mit solidarischen Grüßen,



(Alexander Benthin, i.A. des Bezirksvorstandes)

Veränderungen beginnen mit Opposition!

Ein Bericht von der Bezirksmitgliederversammlung am 21.06.'14.

Die Bezirksmitgliederversammlung Mitte war erfreulich gut besucht und mag einen Vorgeschmack auf kommende kritisch-lebendige und politische BMVs geben, dafür wurde einiges auf den Weg gebracht. Über den Tag waren ca. 50 Genossinnen und Genossen anwesend, darunter auch viele neue. Zusammen mit einer positiven Mitgliederentwicklung und verbesserten Wahlergebnissen ist dies Ausdruck von überzeugender Oppositionsarbeit, die auszubauen ist. Dafür hat die BMV ambitionierte Vorhaben diskutiert: für die Stärkung der innerparteilichen Demokratie und ein aktives Parteileben, einen oppositionellen Bürgerschaftswahlkampf mit klarer, geschichtsbewusster Friedenorientierung, gegen die antiemanzipatorische Politik der Schuldenbremse, mit Aufklärung gegen Rechts - hier wurde die zuletzt stattgefundene Antifa-Konferenz als positives Beispiel genannt – und mit dem Ziel, den Einzug der nationalchauvinistischen AfD in die Bürgerschaft zu verhindern.

Der Antrag „Veränderungen beginnen mit Opposition“ zum Landesparteitag Ende Juni zur gut begründeten Oppositionsorientierung zur Vorbereitung der Bürgerschaftswahlen wurde von der BMV intensiv diskutiert und mit großer Mehrheit unterstützt, um auf dieser Grundlage verstärkt in Stadt und Partei und auf Landes- wie Bundesebene einzugreifen.

In der Auswertung der Europawahlen zeigte sich: Opposition wirkt. In der Zuspitzung der gesellschaftlichen Krise und besonders dort, wo die Sozialdemokratie verrottet und die Linke nicht konsequent genug ist, können rechtspopulistische bis neofaschistische Parteien wie der Front National oder eben auch die AfD Unmut und Verzweiflung mit pseudo-antikapitalistischen Parolen nationalistisch umlenken. Dem entgegen gilt es für DIE LINKE, positive gesellschaftliche Opposition zu sein, das heißt für solidarische Verbesserungen in Gesundheit, Kultur, Sozialem und Bildung in Gegnerschaft zur neoliberalen Sozial-Schmarotzer-Ideologie zu kämpfen, die alle bürgerlichen Parteien in Abstufungen vertreten.

„Als LINKE haben wir ein anderes Verhältnis zum Parlamentarismus als die anderen Parteien. Wir wissen, dass sich grundlegende politische Veränderungen nur durch eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfte und Ideen, mit Hilfe von Bewegungen und gegen die Profitinteressen der Konzerne durchsetzen lassen. Aus diesem Grund erklärt der Hamburger Landesverband der LINKEN, dass wir nach den Bürgerschaftswahlen 2015 nicht für eine Koalition oder Tolerierung mit den anderen Hamburger Parteien zur Verfügung

stehen, denn mit ihnen sind grundlegende Veränderungen – auch in entscheidenden kleinen Schritten – nicht möglich.“ (Auszug aus dem o.g. Antrag)

In der Diskussion unserer Oppositionsverantwortung wurde deutlich, dass wir sie durch negative Fixierung auf den SPD-Senat nicht ausreichend wahrnehmen können. In der reichen Hafen- und Handelsstadt Hamburg im kernimperialistischen Deutschland kann die LINKE die antifaschistischen Kämpfe, die geschichtliche Tradierung der Arbeiter- und Friedensbewegung aufgreifen, um dezidiert für Weltoffenheit, eine humanistische Flüchtlingspolitik, Rüstungskonversion und den Stopp von Waffenexporten und Rüstungsproduktion zu wirken. Der positive Durchbruch mit dem Volksentscheid „Unser Hamburg unser Netz“ gegen SPD, Springer-Medien und Energiekonzerne muss weitergeführt werden, die Rekommunalisierung der Krankenhäuser muss für eine menschenwürdige statt auf Profit orientierte Gesundheitsfürsorge erstritten werden.

Die Diskussion des Oppositionsantrages (s. S. 4f), der sowohl von der BMV wie auch später vom Landesparteitag mit großer Mehrheit angenommen wurde, bildete eine gute Grundlage für die Wahlen des Bezirksvorstands, des Bezirksvertreters im Landesvorstand und für die Nachwahlen der weiblichen Landesparteitagsdelegierten.

In den Bezirksvorstand wurden alle angetretenen Kandidaten gewählt - in diesem Zusammenhang war von einem „Neubeginn“ die Rede, es wurde von einigen Kandidaten für mehr BMVs und politische Konsequenzen daraus gesprochen.

Gewählt wurden **Alexander Benthin** (Uni), **Jörg Günther** (St. Georg), **Jan-Peter Klöckner** (HaHo-Bo), **Holger Knorr** (St. Pauli) und **Heiko Laue** (Wilhelmsburg). Kommissarischer Schatzmeister soll **Evert Kaleveld** werden. Die weiblichen Vorstandsmitglieder können jederzeit nachgewählt werden.

Zum Bezirksvertreter im Landesvorstand wurde **Kristian Glaser** nominiert und in der Zwischenzeit auf dem Landesparteitag gewählt.

Bei den Nachwahlen der weiblichen Landesparteitagsdelegierten kandidierten für drei Plätze drei Frauen und wurden auch gewählt: **Despina Chaluppa**, **Christiane Schneider** und **Reinhild Schwardt**.

Dem neugewählten Bezirksvorstand wurden die Ausarbeitung eines verbindlichen Zeit- sowie Themenfahrplans für die nächsten Mitgliederversamm-

lungen und die Vorbereitung des Bürgerschaftswahlkampfes als erste Aufträge mitgegeben.

Mit nur wenigen Enthaltungen angenommen wurde zum Ende der Sitzung ebenfalls die Unterstützung der Solidaritätserklärung für Sevim Dağdelen, die auch unter www.brecht-hat-recht.de zu finden ist. Sevim hatte in Antwort auf die Verharmlosung von Faschisten in der Ukraine - „Meine Güte!“ - durch die Grünen-Bundestagsabgeordnete Katrin Göring-Eckardt folgende Passage aus dem „Leben des Galilei“ von Bertolt Brecht zitiert: „*Wer die Wahrheit nicht kennt, der ist bloß ein Dummkopf, aber wer*

die Wahrheit kennt und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher“.

Was wäre, wenn sich mehr GenossInnen in den Parlamenten und überall beimessen würden, so klar und aus der Kultur schöpfend Opposition zu sein und zu sagen, was ist? In der BMV erinnerte ein Genosse an Kurt Tucholskys Aussage „Soldaten sind Mörder“ und äußerte sinngemäß „Wer hat Angst vor Zitate?“ - Schließlich könne man daraus nur klüger werden.

von Alexander Benthin, Despina Chaluppa

Gegen die Verharmlosung von Faschisten

Wir teilen die Distanzierung des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Bundestag, Gregor Gysi, und der beiden Parteivorsitzenden, Katja Kipping und Bernd Riexinger, von Sevim Dağdelen nicht. Eine Verharmlosung und Relativierung der fortgesetzten Beteiligung von Faschisten an der ukrainischen Regierung wie durch die Fraktionsvorsitzende der Grünen Katrin Göring-Eckardt in der Bundestagsdebatte vom 4. Juni 2014 geschehen („Sie reden hier wieder von dem Einfluss der Neofaschisten in der Regierung der Ukraine – meine Güte.“), verurteilen wir hingegen scharf. Sevim

Dağdelen danken wir für ihre klaren Äußerungen im Deutschen Bundestag.

ErstunterzeichnerInnen:

Konstantin Wecker (Liedermacher), Esther Bejerano (Auschwitzüberlebende, Mitbegründerin des Auschwitzkomitees, Ehrenvorsitzende der VVN/BdA), Kutlu Yurtseven (Microphone Mafia), Mehmet Yildiz (MdHB DIE LINKE Hamburg)

Nähere Informationen und Möglichkeit zur Online-Unterschrift: www.brecht-hat-recht.de

Antrag an den Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Hamburg am 28./29. Juni 2014

Veränderungen beginnen mit Opposition

Eingereicht von:

Robert Jarowoy (BV Altona), Beate Reiss (BV Altona), Horst Schneider (BV Altona), Brigitte Reiss (BV Altona), Hamide Scheer (BV Altona), Ponnamel Moses (BV Altona), Marlit Klaus (BV Altona), Constantin Braun (BV Altona), Birgit Wulf (BV Altona), Nico Scharfe (BV Altona), Kolja Griebner (BV Altona), Artur Brückmann (BV Altona)

Sabine Boeddinghaus (BV Harburg), Jörn Lohmann (BV Harburg), Sinah Mielich (BV Harburg), Florian Muhl (BV Harburg)

Stefan "Teddy" Dührkop (BV Mitte), Martin Dolzer (BV Mitte), Heike Wokon (BV Mitte), Kai Keßler (BV Mitte), Ronald Wilken (BV Mitte), Jörg Günther (BV Mitte), Kris Glaser (BV Mitte), Lale Murat (BV Mitte), Frank Rinnert (BV Mitte), Alexander Benthin (BV Mitte), Gunhild Berdal (BV Mitte)

Rachid Messaoudi (BV Nord), Helga Hirsch (BV Nord), Olaf Walther (BV Nord)

LV Linksjugend 'solid Hamburg

Der Landesparteitag möge beraten und beschließen:

DIE LINKE. ist die sozialistische, friedenspolitische und ökologische Kraft im Parteienspektrum Hamburgs. Wir haben uns in den vergangenen Jahren aus der gesellschaftlichen und parlamentarischen Opposition heraus gemeinsam mit Initiativen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften für einen grundlegenden Politikwechsel eingesetzt. Dabei wurden einige Erfolge errungen. Opposition wirkt. In Zeiten, in denen die Schere zwischen arm und reich noch nie so groß war wie gegenwärtig, in denen die angewandte Ideologie der Kürzungspolitik soziale Errungenschaften zerstört und Menschen hier wie in ganz Europa in die Verelendung treibt; in denen im Zuge angeblich knapper Mittel Konkurrenz und Rassismus geschürt wird und die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche. Alles, was ökonomisch nicht "verwertbar" ist für überflüssig erklärt – in diesen Zeiten bekräftigt die Hamburger LINKE:

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen und stehen an der Seite der Bevölkerung, der Kultur und der Umwelt und nicht an der Seite der Großunternehmen, Banken, Reichen und SachzwangsideologInnen. Wir sehen die Zukunft nicht als bloße Fortführung der Gegenwart, son-

dern setzen uns für eine humane, demokratische und solidarische Gesellschaft ein. Darum stehen wir u.a. für die Abschaffung der Schuldenbremse sowie für eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger und nicht an InvestorInnen-Interessen orientiert. In diesem Zusammenhang sind und bleiben wir ebenso konsequente Friedenspartei.

Als LINKE haben wir ein anderes Verhältnis zum Parlamentarismus als die anderen Parteien. Wir wissen, dass sich grundlegende politische Veränderungen nur durch eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfte und Ideen, mit Hilfe von Bewegungen gegen die Profitinteressen der Konzerne durchsetzen lassen. Aus diesem Grund erklärt der Hamburger Landesverband der LINKEN, dass wir nach den Bürgerschaftswahlen 2015 nicht für eine Koalition oder Tolerierung mit den anderen Hamburger Parteien zur Verfügung stehen, denn mit ihnen sind grundlegende Veränderungen – auch in entscheidenden kleinen Schritten – nicht möglich.

Wir fordern den Landesvorstand auf in enger Absprache mit Ideen aus den Bezirken, bereits für den Herbst 2014 eine Kampagne zu entwickeln, die dann in die offizielle Wahlkampagne übergeht. In dieser Kampagne wollen wir selbstbewusst den BürgerInnen und Bürgern Hamburgs kommunizieren, dass es sinnvoll ist, uns als soziale und friedenspolitische Opposition zu wählen – gerade weil wir anders sind als die anderen Parteien, für unsere Überzeugungen gerade in der Opposition Verantwortung übernehmen und sie nicht für ein paar SenatorInnenposten über den Haufen werfen. Eine Stimme für DIE LINKE bei den Bürgerschaftswahlen 2015 ist ein Gewinn für die Demokratie, da wir in entscheidenden Fragen die einzigen sind, die eine andere Politik vertreten und uns vehement gegen die Abgehobenheit und Selbstzufriedenheit der anderen Parteien stellen.

Begründung:

In der Präambel unseres mit überwältigender Mehrheit angenommenen Erfurter Parteiprogramms heißt es:

"DIE LINKE als sozialistische Partei steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft. [...] Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind. [...] Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir setzen Lohndumping, Sozialraub und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums Widerstand

entgegen."

Und in Kapitel fünf unseres Parteiprogramms haben wir beschlossen:

"Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen. Wir streben eine Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse an. [...] Ein politischer Richtungswechsel lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich. [...] Voraussetzung für die Ausstrahlung, den Rückhalt und den Erfolg der LINKEN ist unsere Glaubwürdigkeit vor und nach den Wahlen."

In der laufenden Legislatur besitzt die SPD in Hamburg die absolute Mehrheit. Gemäß der Losung "an ihren Taten sollt ihr sie messen" stellen wir fest: Die Hamburger SPD ist für uns nicht regierungsfähig - sie steht u.a. für Kürzungspolitik in allen Bereichen samt Erpressung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, Kungelei mit den Großkonzernen (Vattenfall und E.on), eine fast ausschließlich InvestorInnen-freundliche Stadtentwicklungspolitik (siehe aktuell Olympia-Bewerbung), Abschiebungen, Gefahrengebiete, die Entmündigung (durch Evozierung) und das Kaputtkürzen der Bezirke und generell für die Negierung und Beschwichtigung von politischen Konflikten/Problemen.

Selbstverständlich wollen wir LINKE gewählt werden und dann in Parlamenten Alternativen aufzeigen, Informationen herausbekommen und uns für Verbesserungen einsetzen – aber daraus ergibt sich nicht automatisch die Pflicht um den Preis der politischen Inhalte zu regieren. Im Gegenteil - in der Hamburger Verfassung heißt es in Artikel 24:

(1) Die Opposition ist ein wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie.

(2) Sie hat die ständige Aufgabe, die Kritik am Regierungsprogramm im Grundsatz und im Einzelfall öffentlich zu vertreten. Sie ist die politische Alternative zur Regierungsmehrheit.

Und vom deutschen Grundgesetz her lässt sich aus demokratischer Sicht ableiten, dass das Parlament und die Mitgliedschaft im selbigen höher zu bewerten ist, als die Teilnahme an einer Regierungskoalition.

Vorschau: Sommerkino im August

Einen schönen Ausklang der Sommerferien bereitet die BO Hamm/Horn/Borgfelde allen Genossinnen und Genossen im Hammer Park: Auch in diesem Jahr starten wir wieder das legendäre Rote Sommerkino, wenn auch etwas früher als gewohnt.

In diesem Jahr findet unser Kinoabend bereits am 15. August statt. Wir wollen wie in jedem Jahr grillen und Getränke anbieten. (Gegen Spende). Der Eintritt zum Film ist wie immer kostenfrei, allerdings müssen wir für die GEMA eine Zählung mittels kostenloser „Eintrittskarten“ durchführen. Wir sind deswegen noch in Gesprächen.

TISA verhindern

Das geheim ausgehandelte »Dienstleistungsabkommen« dient privatem Profit. Es ist kriminell und ein Angriff auf die Demokratie

Constantin Braun und Fabio De Masi

Die Tory-Regierung versprach den Briten in den 90er Jahren, sie könnten nach der Privatisierung der Bahn über Aktien Eigentümer des Unternehmens werden. Ein Bahnarbeiter bemerkte dazu, dies leuchte ihm nicht ein. Wozu solle er etwas verkaufen, das seine Großväter und Großmütter mit ihrem Schweiß bezahlt hätten und ihm ohnehin gehöre, um es dann zurückzukaufen? Vielleicht liegt es daran, dass Privatisierung aus dem Lateinischen kommt und im ursprünglichen Sinne »privare« auch mit »rauben« übersetzt werden kann? Der italienische Mafia-Enthüller Roberto Saviano hat darauf hingewiesen, dass Privatisierung und organisierte Kriminalität siamesische Zwillinge seien. In Neapel wird das Militär gerufen, weil die Stadt im Abfall versinkt – und Giftmüll im Boden Krebs zur Volkskrankheit macht.

Öffentliche Dienste eignen sich hervorragend für Beschaffungskriminalität internationaler Konzerne. Denn sie stehen für etwa ein Viertel des EU-weiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) und beschäftigen rund 65 Millionen Menschen. Seit Sommer 2013 treffen sich daher die Unterhändler der EU-Kommission, der USA und rund 20 weiterer Staaten regelmäßig in der australischen Botschaft in Genf. Sie verhandeln ein Abkommen zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors (Trade in Services Agreement; TISA) und nennen sich nicht frei von Ironie »really good friends of services« (wirklich gute Freunde der Dienstleistungen). Die »guten Freunde« repräsentieren zusammen etwa 70 Prozent des weltweiten Handels mit Dienstleistungen. Daher kann TISA als noch umfassender und mächtiger gelten als die umstrittenen Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA).

Die aktuellste TISA-Verhandlungsrunde fand vergangene Woche statt. Natürlich geheim. Wikileaks

Wir zeigen den französischen Film „Zusammen ist man weniger allein“. Es geht um eine schräge Pariser WG, in der sich drei Einzelgänger zusammenfinden.

Mit Audrey Tautou und Guillaume Canet. „Vor allem Laurent Stocker ist bewegend in der Rolle eines großen Schüchternen, der sich Bestätigung über das Theaterspielen holt. Sein subtiles Spiel und das seiner Mitspieler tragen zur besonderen, großherzigen Qualität dieses Films bei.“ – 20 Minuten.

Nähere Infos, auch zu den Uhrzeiten folgen.

veröffentlichte vor gut zwei Wochen Dokumente aus dem Frühjahr 2014, die nahelegen, dass TISA auch die letzten Regeln auf den internationalen Finanzmärkten beseitigen könnte und das gemeinnützige Modell Sparkasse untergrabe. Überdies wünschen die USA weitgehenden Zugriff auf Bankdaten ausländischer Staatsbürger.

Eine Studie des Internationalen Dachverbandes der Gewerkschaften für Öffentliche Dienste (PSI) schlägt Alarm: Wenn ein Land nicht explizit einen Wirtschaftsbereich ausnimmt, müssen die Vertragsparteien einander Marktzugang gewähren. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion beteuert, dass die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen nicht das Ziel der TISA-Verhandlungen sei. Gleichzeitig schließt die Bundesregierung aber nicht aus, dass private Unternehmen aus TISA-Vertragsländern Subventionen für Dienstleistungen vom Staat erhalten. Der private Gefängnisbetreiber erhalte dann etwa genauso hohe Zuschüsse wie das öffentliche Gefängnis und würde mit ihm in Konkurrenz um »Aufträge« treten. Träte TISA in Kraft, wären mitunter alle Rekommunalisierungen (zum Beispiel von Krankenhäusern oder Energienetzen) in Sektoren, für die keine Ausnahmen von TISA beantragt wurden, zukünftig unmöglich. Der erfolgreiche Volksentscheid zum Rückkauf der Hamburger Energienetze wäre ohne TISA-Ausnahme demnach unwirksam.

Das Dienstleistungsabkommen könnte auch moderne Sklaverei über internationale Leiharbeit fördern und das Völkerrecht der Arbeitswelt – die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – endgültig verschrotten. Denn mit TISA drohen Regelungen, wonach sich ausländische Beschäftigte in allen Vertragsländern nur für

die Dauer einer Arbeit aufhalten dürfen und nach erledigter Arbeit in ihre Heimatländer zurückkehren müssen. Die Arbeitsbedingungen könnten die des Herkunftslandes sein. Das Herkunftslandprinzip hat sich bereits im Rahmen des EU-Binnenmarktes »bewährt«, um Beschäftigte um niedrigste Löhne konkurrieren zu lassen. Arbeitsbedingungen wie auf den WM-Baustellen in Katar, wo seit 2012 alleine 450 indische Arbeiter den Tod fanden, würden unter Umständen globalisiert.

Dies offenbart, wie radikal die Mächtigen heute sind und ein Wirtschaftsregime errichten, das selbst Papst Franziskus kürzlich »als nicht mehr zu ertragen« geißelte. TISA soll für Konzerne zu Gold machen, was uns gehört. Eigentum schafft wirtschaftliche Macht und wirtschaftliche Macht ist politische Macht. Man denke daran, wie Google bereits heute bestimmt, was wir wissen, kennen und denken sollen, oder wie Energiekonzerne die Energiewende bzw. die Verhinderung des Klimawandels sabotieren. Daher ist der Kampf gegen TISA ein Kampf um die Demokratie.

Es gibt somit nur eine Antwort: Nein zu TISA. Die Verhandlungen müssen sofort eingestellt und alle

In eigener Sache

Liebe Genossinnen und Genossen,

der neue Vorstand will das Mittemang weiterführen, das freut mich als langjährig Verantwortlichen natürlich. Und ich mache auch gerne weiter.

Aber: Es gibt eine Menge Verbesserungsmöglichkeiten. Das fängt damit an, dass die Terminleiste auf der folgenden Seite leider unzuverlässig ist, weil sich in den Stadtteilgruppen offenbar niemand dafür zuständig fühlt, Veränderungen der Termine, thematische Schwerpunkte etc. auch an die Redaktion zu melden. Das muss sich ändern, wenn das Mittemang seinen Gebrauchswert für die Mitglieder (insbesondere diejenigen ohne Mailkonto) behalten soll.

Ich wünschte mir auch, dass jemand vom Vorstand für mich als regelmäßiger Ansprechpartner zur Verfügung steht, damit Themen und Artikel auch gezielter als bisher koordiniert bzw. angefordert werden können. Es macht nicht wirklich Spaß, jedes Mal bei Redaktionsschluss Erinnerungsmails schreiben zu müssen, weil manchmal noch nichts vorliegt.

Aber Kommunikation nach innen und außen hat sich der neue Vorstand ja sicherlich auf die Fahnen geschrieben, insofern bin ich optimistisch.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Dokumente veröffentlicht werden. Die EU-Kommission will Europa indes weiter an die Konzerne verkaufen. Das Europäische Parlament darf bei Handelsverträgen nur Ja oder Nein stimmen – ohne Einfluss auf die Verhandlungen. Daher ist es wichtig, wie bei TTIP und CETA auch eine Befassung der nationalen Parlamente einzufordern. Denn es handelt sich offenbar um ein gemischtes Abkommen, das in einzelstaatliche Hoheitsrechte eingreift. Dann besteht die Chance mehr Druck zu machen und die Wahrscheinlichkeit, dass TISA in einem EU-Mitgliedsstaat scheitert, steigt. Selbstverständlich lässt sich das geplante Abkommen nur durch den Druck von Gewerkschaften und Straße stoppen. Machen wir den Mächtigen – frei nach Francis Ford Coppolas »Pate«) – ein Angebot, das sie nicht ablehnen können.

Constantin Braun ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von Fabio De Masi. Fabio De Masi ist Abgeordneter des Europäischen Parlaments (Die Linke)

Erschienen in Junge Welt am 01.07.2014 / Kapital & Arbeit / Seite 9, wegen der Aktualität ausnahmsweise so übernommen.

Demokratie wirklich gewollt??

Gegen die Stimmen der LINKEN. hat der Hauptausschuss der BV Hamburg Mitte Ende 2013 beschlossen, dass die letzte Sitzung der alten Bezirksversammlung im Februar stattfand. Inzwischen hat sich die neue BV zwar pflichtgemäß konstituiert, aber es gibt noch keinerlei Beschlüsse zur Einsetzung der Fachausschüsse, das wird mindestens bis August (Hauptausschuss) oder sogar bis zum 18. September (Bezirksversammlung) aufgeschoben. Bis dahin machen Herr Grote und Herr Droßmann die Bezirkspolitik im Wesentlichen allein.

Das muss nicht so sein, in Altona z.B. hat die BV das letzte Mal wenige Tage vor der Wahl getagt. Insofern muss die Frage erlaubt sein, ob die vollmundigen Bekundungen der Mitte-SPD und anderer Bezirksparteien in Sachen »Bezirke stärken« und »BürgerInnenbeteiligung« das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt werden.

Wenn es offenbar nichts ausmacht, dass fast ein Dreivierteljahr lang kein Fachausschuss (außer Haupt- und Bauausschuss) tagt, dass die Bezirksversammlung ein halbes Jahr keine inhaltliche Diskussion führt, dann ist das Wasser auf die Mühlen derjenigen, die diese ganze Bezirkspolitik sowieso für überflüssigen Spielkram halten.

Das sollten wir auch öffentlich anprangern, finde ich!
besel

Termine in (und für) Mitte

Samstag/Sonntag 12./13.7.

Fraktionsklausur der neuen Bezirksfraktion in Heideruh

Mittwoch, 16.07., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 16.07., 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Montag, 21.07., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe W'burg/Veddel
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 23.07., 18:30 Uhr:

Bezirksmitgliederversammlung (s. S. 2)
Drachenbau, Schmilinskystraße 6a

August 2014

Montag, 04.08., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe W'burg/Veddel
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 12.08. 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Pauli
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 12.08., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, wegen Ferien gesonderte Einladung
beachten!

Freitag, 15.08., 19 Uhr

Rotes Sommerkino im Hammer Park (s. S. 6)

Montag, 18.08., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe W'burg/Veddel
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.08., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 20.08., 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Holger Knorr		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
Heiko Laue		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto: DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, IBAN DE 23 2001 0020 0852 5392 06, BIC PBNKDEFF